

Egoismus im «liberalen» Kleid



lic. iur.
Christoph
Spiess,
e. Gemeinderat,
Co-Zentral-
präsident,
Zürich

Es ist ja schon erstaunlich, mit welchen «Problemen» sich Schweizer Behörden und Politiker beschäftigen. Da wären doch wirklich grosse Aufgaben zu bewältigen. Beispielsweise die Frage, wie wir in Zukunft die Altersvorsorge finanzieren können, ohne deren Leistungen abzubauen. **Dringend nötig wäre auch eine kluge Strategie, um die unsäglichen Einmischungen ausländischer Organisationen wie EU, OECD usw. abzustellen. Doch stattdessen führt man endlose Diskussionen über «Rechte von Schwulen und Lesben» oder auch von «Trans-, Inter- und Queermenschen (was immer das sein soll)».** Da sorgt ein (notabene!) SP-Regierungsrat richtigerweise dafür, dass abgewiesene Asylanten, die schon längst hätten ausreisen müssen, sich wenigstens regelmässig im Asylantenheim melden und tatsächlich dort aufhalten müssen, statt sich in der Stadt

POSTCODE

AZB 3001 Bern

herumzutreiben. Und was geschieht?

Extremistische Anwälte strengen teure Gerichtsverfahren an und machen sich für die angeblichen «Rechte» von illegalen Migranten stark, deren einziges «Recht» doch eigentlich wäre, endlich das Land zu verlassen! Ein Dauerbrenner sind auch Forderungen von Feministinnen nach Frauenquoten zum Beispiel in Verwaltungsräten grosser Unternehmungen. Wo ist denn da das Problem? Die im Wirtschaftsleben üblichen Konkurrenzkämpfe um Macht und Geld liegen den meisten Frauen einfach nicht im Blut. Darum haben nur wenige den Ehrgeiz, Verwaltungsrätin einer Grossbank zu werden. Die Bank funktioniert trotzdem.

Die Politiker tolerieren, dass sich gewalttätige Krawallbrüder in besetzten Liegenschaften einnisten und diese als rechtsfreien Raum und Operationsbasis für ihre Saubannerzüge nutzen.

Mitunter werden solche anarchistische Eiterbeulen gar zu «Kulturzentren» erklärt und mit Steuergeldern subventioniert! **«Antirasismus»- und «Antifa»-Krakeeler jammern über sogenanntes «racial profiling», weil die Polizei an der Zürcher Langstrasse öfters Schwarzafrikaner kontrolliert.**

Ja soll denn die Polizei Appenzeller und Berner kontrollieren, wenn doch allgemein bekannt ist, dass zum Beispiel der Kleinhandel mit Kokain fast durchwegs in afrikanischen Händen liegt?



Die «68er-Politelite» toleriert illegale anarchistische Aktivitäten (beispielsweise Hausbesetzungen).

Fünfliber oder Note – Sie entscheiden!

Die Sammelfrist für die Verhüllungsverbotsinitiative neigt sich dem Ende zu. Ein letzter Effort ist nötig. Der institutionelle Rahmenvertrag mit der EU gewinnt immer mehr an Aktualität. Wir wollen ihn mit aller Kraft verhindern. Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative wurde bis heute nicht vorgenommen. Sie sehen – es gibt noch viel zu tun! Ohne Ihre wertvolle Unterstützung können wir jedoch keine politischen Ziele erreichen. Dank Ihnen werden wir, in Ihrem Sinn, erfolgreich sein. Sie erteilen uns mit dem beiliegenden Einzahlungsschein den Auftrag.

Ihre SD-Parteileitung

Wo man hinschaut, überall drängen sich kleine und oft eher randständige, aber dafür umso lautstärkere Minderheiten in den Vordergrund und boxen ihre Extrawürste durch.

Da fragt man sich:

Und wer kümmert sich um die normalen Bürgerinnen und Bürger?

Die heterosexuellen, einheimischen, werktätigen, sich gesetz-

Fortsetzung Seite 2

Die diesjährige 1.-August-Feier findet im Seehotel Hallwil in Beinwil am See im Kanton Aargau statt. Wir freuen uns, auch Sie an diesem Anlass begrüssen zu dürfen.

Egoismus im «liberalen» Kleid

Fortsetzung von Seite 1

treu verhaltenden Männer und Frauen bilden das Rückgrat der Gesellschaft. Sie tragen nicht nur finanziell die Hauptlast. Sie sind es auch, die für Nachwuchs sorgen und diesen grossziehen. Darum sollte sich auch die Politik in erster Linie auf ihre Bedürfnisse ausrichten und nicht auf diejenigen irgendwelcher Randgruppen. Kürzlich lamentierte ein pensionierter Rechtsprofessor christlich-demokratischer (!) Provenienz an einer juristischen Weiterbildungs-tagung in Zürich voller Frust darüber, dass in der Justiz zumindest überwiegend die Bereitschaft besteht, straffällige Ausländer des Landes zu verweisen. Das sei, so der etwas weltfremde Mann aus dem akademischen Elfenbeinturm, eine «eklatante Diskriminierung von Ausländern».

Dabei ist es doch eine Selbstverständlichkeit, dass sich jeder Staat selber um seine kriminell gewordenen Bürger kümmern soll, statt diese anderen Ländern aufzubürden.

Das Gejammer über «Diskriminierungen»

wird seit Jahrzehnten immer lauter, aber deswegen nicht berechtigter. Rechtsgleichheit bedeutet nicht nur, Gleiches gleich, sondern eben auch Ungleiches ungleich zu behandeln.

Entgegen den Behauptungen der neomarxistischen «68er-Gilde» sind die Menschen – zum Glück – keineswegs gleich, sondern erfrischend verschieden. Das gilt für die Geschlechter ebenso wie für Ethnien und Kulturen.

Die Verbindung von Mann und Frau bereitet nicht nur den direkt Beteiligten Freude und Wohlbefinden. Sie ist auch biologisch für die Fortpflanzung und Arterhaltung notwendig. Es ist deshalb richtig, sie gegenüber anderen Formen von Partnerschaften angemessen zu bevorzugen.

Ebenso braucht eine Kultur zu ihrer Entfaltung ein eigenes Territorium, auf dem sie neben sich keine anderen Kulturen als «gleichberechtigt» anerkennen kann, wenn sie nicht untergehen will.



Die meisten Asylbewerber reisen tatsächlich illegal ein (sind nicht verfolgt). Konstruktive Politik für Mehrheiten statt Extremismus für illegale Minderheiten. (Bild: Demonstration für Asylbewerber)

Wir sind nicht «mehr wert» oder «besser» als die anderen

Völker und Rassen. Die heutigen ethnischen Unterschiede sind ganz einfach das Resultat einer jahrtausendlangen Anpassung der Menschen an ihre natürliche Umgebung. Gerade deswegen ist es aber unsinnig, die weiträumige Migration von Millionen Menschen zuzulassen, denn damit werden die natürlich gewachsenen biologisch-ethnischen Gemeinschaften in kurzer Zeit zerstört. **Sich dagegen zu wehren, ist kein verwerflicher «Rassismus», sondern im Gegenteil eine schlichte Notwendigkeit.**

Jedes Volk hat seine Existenzberechtigung und einen legitimen Anspruch auf Selbstbestimmung und Selbsterhaltung.

Seit etwa fünfzig Jahren wird das von der politischen, wirtschaftlichen und medialen «Elite» heftig bestritten und ein

hemmungsloser Hyper-Individualismus

gepredigt. Es handelt sich dabei offensichtlich um eine Überreaktion auf die im 20. Jahrhundert vorübergehend aufgekommenen totalitären Ideologien, die dem Einzelmenschen jeglichen Stellenwert absprachen. Nun ist man ins andere Extrem verfallen. So beklagte sich ein Artikelschreiber in der «NZZ» über angebliche Menschenfeinde, die der Ansicht seien, der

Mensch und vor allem dessen unkontrollierte Vermehrung schaden dem Planeten Erde.

Der Verfasser äusserte allen Ernstes die Ansicht, dass «die Rechte des Einzelnen den Bedürfnissen der Gesellschaft vorgehen».

Solch vermeintlich «liberaler», aber letztlich bloss egoistischer Unsinn ist leider seit 1968 bis in die Mitte der Gesellschaft hineingeschreitet und führt zu deren fortschreitendem Zerfall. Jeder sollte tun, was ihm beliebt, und damit ihn niemand daran hindern kann, werden

gezielt sämtliche Autoritäten niedergedrückt

Lehrer, Pfarrer, Polizisten, Richter und Eltern, sie alle sind keine Respektspersonen mehr. Identitätsstiftende Institutionen wie die Armee oder die Kirche werden systematisch bekämpft. Von Schulkindern darf kaum noch Anstrengung verlangt werden, und Ordnung und Disziplin erst recht nicht. Die «liberalen» Gesellschaftszerstörer und hemmungslos-egoistischen Selbstverwirklicher haben unsere Gesellschaftsordnung an den Rand des Zusammenbruchs gebracht.

Doch zum Glück regt sich mittlerweile überall Widerstand!

In ganz Europa und Nordamerika besinnen sich die Menschen zu-

rück auf die Sicherheit und Geborgenheit bietende Volksgemeinschaft, auf Werte wie Disziplin und Ordnung.

Sie begreifen, dass eine funktionierende Gesellschaft ein Minimum an ethnischer und kultureller Homogenität benötigt, und dass Einzelinteressen den Bedürfnissen der Gemeinschaft eben gerade nicht vorgehen dürfen.

In Ungarn wehrt sich die Regierung Orban gegen die subversiven Machenschaften des amerikanischen Milliardärs George Soros. In Polen sorgt die Regierung Szydło entschlossen dafür, dass Wirtschaft und Medien wieder in einheimische Hände kommen.

Aus Österreich, Frankreich und sogar Deutschland kommen Zeichen der Hoffnung, auch wenn es wohl noch ein paar Jahre dauert, bis die verkrusteten, von 68er-Seilschaften unterwanderten Altparteien und «Eliten» abdanken müssen.

Auch bei uns in der Schweiz ist es Zeit für einen grundlegenden gesellschaftspolitischen Wandel, weg vom egoistischen «Liberalismus» und hin zu mehr Gemeinschaftssinn.

Wenn wir zusammenstehen, können die vereinigten Gesellschaftszerstörer von «links» bis «rechts» diesen Wandel nicht aufhalten!

Bevölkerungsexplosion durch Migration

Die Geburtenraten in der Schweiz und in Europa sind aktuell so niedrig wie noch nie zuvor. Dennoch wächst die Bevölkerung permanent. Verantwortlich für diese Entwicklung ist die Migration, was gefährliche Folgen mit sich bringt.

Während eine Frau in der Schweiz vor fünfzig Jahren ungefähr 2,6 Kinder zur Welt brachte, sind es heute noch 1,5. Damit liegen wir knapp unter dem europäischen Durchschnitt von 1,6.

Es gilt die allgemeine Regel, dass, um den Fortbestand einer Volksgemeinschaft sichern zu können, eine Geburtenrate von mindestens 2,1 Kindern pro Frau gegeben sein muss. Alles was darunter liegt, hat einen Rückgang der Bevölkerung zur Folge. Das bedeutet, dass die Gesellschaft nach und nach überaltert und mit der Zeit droht, ganz von der Bildfläche zu verschwinden. Aber trotz der zu niedrigen Fertilitätsrate nimmt die Zahl der Einwohner in Europa stetig zu. In der Schweiz ist sogar eine extreme Ausprägung dieses Phänomens zu beobachten. Die Konsequenzen dieses demographischen Wandels sind fatal.

Migration als Hauptgrund

Tatsache ist, dass die Fruchtbarkeitsraten der einheimischen Europäer stark abgenommen haben. Eine Statistik aus dem Jahre 2014 zeigt die verheerende Entwicklung während der vergangenen Jahrzehnte auf. Als Hauptursache für das Bevölkerungswachstum wurde unlängst in einem Bericht der Europäischen Kommission die Einwanderung ausgemacht. Vor allem der enorme Ansturm von Illegalen aus dem arabischen und afrikanischen Raum, der in den letzten Jahren stark zugenommen hat, trägt dazu bei.

In der Schweiz machen jedoch Asylbewerber mit 30'000 Personen im Jahr 2016 den kleineren Teil aus. Weitaus mehr Menschen kommen aus EU- und EFTA-Staaten.

Beim Analysieren der Daten sticht sofort ins Auge, dass in europäischen Ländern ein proportionales



Eine höhere Geburtenrate bei Schweizer Kindern hilft mit, die ständige Zunahme des Ausländeranteils zu verhindern. Ohne drastische Begrenzung der Zuwanderung kann dieses Ziel jedoch nicht erreicht werden.

Verhältnis zwischen höheren Geburtenraten und höherem afrikanischen und muslimischen Anteil an der Gesamtbevölkerung besteht.

In Frankreich und Schweden liegt die Fertilität wegen der Afrikaner und Muslime noch bei etwa 2 Kindern. Ganz anders sieht es in überwiegend von Europäern bewohnten Nationen aus.

Selbst die traditionell reproduktionsstarken osteuropäischen und balkanischen Staaten sind auf ein äusserst kritisches Niveau gesunken. Beispielsweise bekommt eine Polin durchschnittlich nur noch 1.3 Kinder und eine Serbin 1.4. Aus diesen Zahlen lässt sich schliessen, dass bereits eine geringe prozentuale Immigrantquote aus dem afrikanischen und arabischen Raum die Demographie stark verändert.

Masseneinbürgerungen zur Abhilfe

Wenn in einem kleinen Gedankenexperiment sämtliche Menschen, die in die Schweiz migrieren, zusätzlich in der Geburtenstatistik erfasst würden, kämen erschreckende Zahlen dabei heraus. Ausgehend von einer Nettozuwanderung von jährlich 100'000 Personen (EU-/EFTA-Bürger und Asylanten)

bei einer Gesamtbevölkerung von 8'000'000 ergäbe sich eine Fertilitätsrate von unfassbaren 12.5 Kindern pro Frau, was sogar das Wachstum kinderreicher afrikanischer Länder um mindestens das Doppelte übersteigt.

Seit geraumer Zeit ist die Einbürgerung ein beliebtes Mittel, um die Ausländerstatistiken zu beschönigen. So ist dem Bericht des Bundesamtes für Statistik zu entnehmen, dass im Jahr 2016 über 41'000 Personen den roten Pass erhielten.

Das fadenscheinige Argument, die Zugewanderten würden unsere Renten bezahlen, ist dabei hinfällig. Das Problem wird damit auf der Zeitachse nur nach hinten verschoben, da die momentan arbeitstätigen Ausländer schliesslich auch irgendwann ihre Renten beziehen wollen, für die sie gearbeitet haben. Und ob Zehntausende schwer- oder nichtintegrierbare Asylanten das Geld, das sie aus den hiesigen Sozialsystemen erhalten, jemals wieder zurückzahlen werden, sei dahingestellt.

Sofortige Massnahmen erforderlich

Es ist reine Mathematik, dass bei abnehmender Schweizer Bevölkerung und steigendem Ausländeranteil sich die beiden Linien an ei-

nem Punkt kreuzen und anschliessend in die entgegengesetzte Richtung auseinandergehen. Aufgrund dieser schockierenden Fakten ist es unabdingbar, dass hierzulande eine familienfreundlichere Politik geführt wird. Massnahmen zur Verbesserung der Umstände müssen von der Regierung umgehend getroffen werden, damit es auch für Schweizer attraktiver wird, eine Familie zu gründen.

Das Ziel muss es sein, die Geburtenrate erneut über die Zwei-Kinder-Marke zu heben, damit die Schweizer Population nicht noch weiter sinkt.

Mit dem Erreichen dieses Ziels wäre auch die Diskussion über die Rettung der AHV obsolet, da es in zwanzig bis dreissig Jahren wieder genügend eigenen Nachwuchs gäbe, der in den Arbeitsmarkt einsteigt und den Sozialstaat am Leben erhält. Wenn das nicht gelingt und die aktuelle demografische Entwicklung nicht ausgebremst werden kann, dann ist auf der einen Seite das Überleben des Wohlfahrtsstaates Schweiz gefährdet, und auf der anderen Seite werden die Schweizer in weniger als zwanzig Jahren die Bevölkerungsmindertheit im eigenen Land darstellen.

Peter Schnyder, Egnach

Ein flächendeckendes Telekommunikationsnetz, auch in den Randregionen, hat oberste Priorität. Die SD befürworten den Entscheid des Nationalrates, auf eine Swisscom-Privatisierung zu verzichten.

Pferdeblut-Farmen in Südamerika: ein Millionengeschäft

Nach den Skandalen um die Pferdeschlachthöfe in Südamerika wurde eine weitere Grausamkeit gegenüber Pferden aufgedeckt. Der Zürcher Tierschutzbund reiste 2015 nach Uruguay, um Pferdeblut-Farmen zu dokumentieren. Was sie dort antrafen und versteckt filmten, zeigte der Kassensturz eindrücklich: Die klapperdürren trächtigen Stuten werden in enge Gänge getrieben, von Arbeitern mit Holzknüppeln auf den Kopf geschlagen, und mit Elektroschockgeräten in Fixierboxen hineingezwungen. **Dort folgt dann die brutale Blutentnahme an der Halsvene mit dicken Kathetern.**

Jeder Stute wird einmal pro Woche zehn Liter Blut abgezapft, ein Viertel des gesamten Blutvolumens.

Weil die Stute das begehrte Schwangerschaftshormon nur bis zum 130. Trächtigkeitstag produziert, **wird eine Abtreibung eingeleitet, indem die Fruchtblase ohne Narkose angeritzt oder der Fötus von Hand abgedrückt wird. Danach werden die Tiere ohne medizinische Hilfe sich selbst überlassen.** Einige sterben nach der Fehlgeburt auf der Weide. **Die überlebenden Stuten werden wieder besamt und das Leiden beginnt von neuem.** Die geschwächten Stuten, die nicht mehr trächtig



Der Blutentnahme zur Herstellung des Hormons PMSG fallen zahlreiche Pferde zum Opfer.

werden, enden in den berühmten Schlachthöfen. Danach exportiert man das Fleisch in die EU und auch in die Schweiz.

Hormon für Mutterschweine

Das Blutgeschäft mit Zehntausenden von Stuten wird in Uruguay und Argentinien stillschweigend geduldet. Die Blutgewinnung findet in einer rechtlichen Grauzone statt, zumal keine gesetzlichen Vorschriften dafür bestehen. **Blutfarmen sind in Europa illegal, die daraus gewonnenen Hormone dürfen jedoch importiert werden. Das ist äusserst paradox! Aus dem Stutenblut wird das Hormon PMSG («Pregnant Mare Serum Gonadotropin») gewonnen.** 100 Gramm dieses Blutplasma-Extraktes kosten 800'000 US-Dollar.

Die Pharmakonzerne verkaufen das Serum vorwiegend an die EU und an Japan. In der Schweiz sind zwei Medikamente aus Stutenblut zugelassen, «Folligon» und «P.G.600».

Das Hormon PMSG wird Mutterschweinen gespritzt, damit sie möglichst schnell und zum gewünschten Zeitpunkt trächtig werden. Es ist für Grossmästereien effizienter und rentabler, wenn alle Schweine zur gleichen Zeit ihre Ferkel gebären, diese wiederum zum selben Zeitpunkt schlachtreif sind und alle Muttersauen nacheinander vom Tierarzt besamt werden können. **In der Schweiz erhalten jährlich 10% aller Mutterschweine mindestens eine solche Hormonspritze.**

Es gibt eine synthetische Alternative, die aber teurer ist. **Nur bei Schweinefleisch aus Bioproduktion sind alle hormonellen Mittel verboten.**

Widerstand gegen PMSG-Medikamente

Während gewisse Pharmaunternehmen weiterhin Tiermedikamente mit PMSG produzieren, haben der Schweizer Schweinezüchterverband «Suisseporcs» und der Schweizer Tierärzterverband ihre Mitglieder dazu aufgerufen, auf PMSG-Medikamente zu verzichten. **Auch Migros und Coop können solche Tierquälereien nicht akzeptieren und wollen reagieren.**

Der Zürcher Tierschutzbund fordert von der EU und der Schweiz ein Importverbot für alle Pferdeblut-Produkte.

Das internationale Netzwerk «Avaaz» will eine Petition mit zwei Millionen Unterschriften im Europaparlament einreichen. **Die Politiker sollen endlich handeln, um solche und weitere tierquälereiche Importe zu stoppen.** Hoffentlich wird dieses Anliegen von unseren Politikern ernst genommen!

*Margrit Neukomm,
Zentralwizepräsidentin, Bern*

Abstimmungsparolen zum Urnengang vom 21. Mai 2017

Die ordentliche schweizerische Frühlingssammlung der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 21. Mai 2017 beschlossen:

Ja zum Energiesgesetz (EnG)

Mit diesem Gesetz will der Bund die energiepolitische Zukunft der Schweiz planen. Dabei steht der Atomausstieg mittels Ausbau erneuerbarer Energien im Vordergrund. Die einheimische Produktion von Solarenergie sowie Geothermie und Biomasse hinkt hinterher, **sodass 40'000 bestehende Projekte über die Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) realisiert werden sollen. Dies übersteigt die Kapazität der beiden Kernkraftwerke Beznau I und II.** Eine Erhöhung des KEV-Zuschlags um 0,8 Rp/kWh ist lediglich befris-

tet und beinhaltet auch eine Entschädigung für die unter Preisdruck stehende Wasserkraft. **Zudem erweitert man die steuerliche Begünstigung von energetischen Investitionen bei Gebäuden.** Letztlich müssen Autoimporteure die CO₂-Emissionen von Neuwagen bis Ende 2020 auf durchschnittlich 95g CO₂/km reduzieren.

Für die Schweizer Demokraten (SD) gibt es keine Alternative zur sogenannten Energiestrategie 2050. Ausserdem wären die Schweizer Stromproduzenten nicht mehr bereit, neue unrentable Atomkraftwerke zu finanzieren.

Der Preis für erneuerbare Energien ist zurzeit noch spürbar hoch. Deshalb bedarf es einer Anpassung des Netzzuschlags, **sodass diese**



Für eine atomfreie Zukunft! Ja zur Energiestrategie 2050!

Energiequellen bereits zum heutigen Zeitpunkt konkurrenzfähig sind. Die SD haben zur Vorlage die Ja-Parole beschlossen.

*Frühlingssammlung
der SD Schweiz*

Fragwürdige Entwicklungshilfe

Afrika hat bis heute aus aller Welt rund zwei Billionen (2000 Milliarden) Franken an Entwicklungshilfegeldern erhalten. Trotzdem kommt es auf keinen grünen Zweig, denn «entwickelt» wurde mit diesen Zuschüssen kaum etwas, abgesehen von der Anzahl Einwohner und der militärischen Aufrüstung. **Wenn Geberländer Infrastrukturprojekte finanzieren, werden die Budgets der entsprechenden Entwicklungsländer entlastet. Als Folge investieren diese mehr Geld in Waffen, was unweigerlich zu mehr Kriegen führt.** Auch versickert ein Teil der Hilfsgelder in dunklen Kanälen.

Unverständlich ist, dass Länder, die ihre abgewiesenen Asylbewerber nicht zurücknehmen, weiterhin Unterstützungsgelder erhalten!



In manchen Konfliktstaaten werden Hilfsgelder missbräuchlich für den Kauf von Waffen verwendet.

Forderungen statt Geld

Es darf nicht sein, dass die Probleme Afrikas allgemein immer mehr

zu uns verlagert werden. Besser wäre es deshalb, **unsere Hilfe auf lösungsorientierte Forderungen**

zu beschränken. Beispielsweise sollten diese Menschen keine Kinder zeugen, die in ihren Ländern

ohne jegliche Perspektive sind und die dann als «Flüchtlinge» (präziser illegale Einwanderer) unter anderem nach Europa exportiert werden. Anstatt Waffen zu kaufen, **müssten die Regierungsverantwortlichen Konflikte am Verhandlungstisch austragen.**

Zudem dürften sie keineswegs weiterhin Korruption und Feudalismus betreiben respektive zulassen.

Würden diese Forderungen umgesetzt, so bräuchte Afrika langfristig keine Entwicklungshilfe mehr. Mit dieser Grundhaltung könnte die Schweiz in vielen Belangen finanziell entlastet werden.

Aber die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und andere Nutznießer wollen lieber Milliarden verteilen und ihre lukrativen Arbeitsstellen nicht verlieren.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Stehen wir vor einer Explosion?

Nein, die Rede ist nicht von einer Superbombe mit Atomkraft und nachfolgender, allumfassender radioaktiver Verseuchung während unzähliger Generationen. Aber die «Schuldenladung» des Dollars und des Euros befindet sich auf einer gefährlichen Höhe, die kaum noch unter Kontrolle zu halten ist. **Die USA weisen zurzeit eine Staatsverschuldung von 19,872 Billionen Dollar aus – und täglich werden es 2 Milliarden mehr. Die Gesamtverschuldung der amerikanischen Städte, Gemeinden, Unternehmen und Privathaushalte beträgt 68,5 Billionen Dollar – eine Zahl, die unser Vorstellungs-**

vermögen glatt übersteigt. An eine Rückzahlung von 68'500'000'000'000 ist gar nicht zu denken. Wenn die Schuldzinsen von derzeit –0,5% auf beispielsweise 2% steigen sollten, käme es noch schlimmer. **Das wären dann zusätzliche Zahlungsverpflichtungen von jährlich 1'500'000'000'000 Dollar.**

Erneute Euro-Krise unausweichlich

Italien hat 2'260'000'000'000 Euro Schulden. Das Land ist pleite! Was das heisst, mögen sich alle gut überlegen, die für seine Schulden einstehen müssen; also Deutsche, Franzosen, Belgier, Niederländer, Österreicher usw. In einer ähnli-

chen Situation befinden sich Griechenland, Spanien, Portugal sowie alle Kleinstaaten Südeuropas. Nicht ohne triftige Gründe sagte Alan Greenspan vor Kurzem: «Ich habe grosse Sorgen, was die Zukunft des Euros betrifft.» Das ist begreiflich, **denn auf die Dauer kann auch die Europäische Zentralbank nicht Milliarden von Euros aus dem Nichts erzeugen.** Und der Währungsspezialist Thorsten Polleit warnte: **«Die Kaufkraft des Euros wird durch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank laufend herabgesetzt, weil immer mehr Euro ausgegeben werden, um damit strauchelnde**

Euro-Staaten und –Banken zahlungsfähig zu halten.» Des Weiteren sagte Polleit: «Wenn der Ausenwert des Frankens an die Geschichte des Euros gebunden wird, so raubt es der Schweiz nicht nur die Währungssouveränität. **Sie läuft Gefahr, den Franken und damit die Schweizer Volkswirtschaft nachhaltig zu schädigen.»**

Sicher ist vor allem, dass die nächste Finanzkrise schlimmer als alle bisherigen Taucher der Weltwirtschaft wird!

*Valentin Oehen,
e. Nationalrat, Nottwil*

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



SD Stadt Bern: Höck (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Infos über Tel. 031 974 20 10.

Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.



Bezirk Baden und Umgebung: Stamm im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 056 222 68 72.



Luzern-Innerschweiz: Höck im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Mittwoch im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Infos über Tel. 076 416 17 00.



Kantonalsektion St. Gallen: Stamm am Mittwoch, 31. Mai 2017, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Hirschen», Rorschacherstrasse 109, St. Gallen. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.

Wil und Umgebung: Stamm am Mittwoch, 14. Juni 2017, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Fass», Hubstrasse 27, Wil. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.

Treiben Asylanten die Schweiz in den Ruin?

Ein Titel in der Aargauer Zeitung lautete wie folgt: «18'000 Franken pro Flüchtling». Das allein ist schon alarmierend. Gemeint sind damit allerdings nur die Kosten für die «Integration».

Zuerst sei festgestellt: Warum muss der Staat überhaupt Geld für die Integration ausgeben? Damit sind Dinge gemeint, die für jeden «normalen» Menschen selbstverständlich sind, nämlich «Sprache lernen, in der Gesellschaft ankommen und einen Job finden». **Das ist doch wirklich Sache jedes und jeder Einzelnen – wenigstens früher war das einmal der Fall.** Aber für diese «Herrschaften» muss der Staat, das heisst die Steuerzahler, solche Selbstverständlichkeiten auch noch finanzieren. Eigentlich müsste man schreiben «verjubeln», denn wie man täglich sieht, nützt diese angebliche «Integration» praktisch gar nichts.

Integrieren kann man nur Leute, die das auch wirklich wollen!

Schulabschluss für Asylbewerber

Von den meist jugendlichen Asylanten (16 bis 25-jährig) sollen laut einer Vereinbarung von Bund und Kantonen 95 Prozent einen Lehr- und Mittelschulabschluss, das heisst eine Maturität erhalten. Dazu sind sage und schreibe rund 22'000 Franken pro Jahr und Person nötig. **Für die geschätzten 20'000 Jugendlichen sind das satte 440 Millionen Franken pro Jahr.** Das sind natürlich nur die Zahlen für heute. Diese Zustände in der Schweiz verbreiten sich



Die meisten Asylbewerber beziehen Sozialhilfegelder und belasten langfristig die einzelnen Gemeinden.

selbstverständlich in Windeseile sofort in die Ursprungsländer dieser Leute – denn jeder Asylant hat doch heutzutage ein Handy, und es sind in den meisten Fällen nicht gerade die billigsten. **Das zieht natürlich wie ein Riesemagnet immer mehr Asylbewerber aus allen Ländern an.**

70 Prozent tauchen unter

In einem weiteren Artikel liest man auf der Titelseite folgenden Titel: «Hunderte von Asylbewerbern tauchen im Aargau unter.» **Genau sind es 939 verschwundene von total 1317 (das heisst 71,3 Prozent) «weggewiesenen» Asylanten.** Man merke, nicht «abgewiesene», sondern offiziell weggewiesene Asylanten. Diese offiziellen Zahlen des Kantons Aargau beweisen, dass mein gern gebrauchter Ausdruck «Asylschmarotzer» noch sehr schmeichelhaft ist. Aber leider ken-

ne ich keine besser zutreffende Bezeichnung für solche Leute. Auch hier muss ich mich (leider) wiederholen: Diese Leute sind nämlich gar nicht so dumm, wie unser Bundesrat glaubt. Oder weiss der Bundesrat womöglich ganz genau, dass dies gar nicht der Fall ist? **Das allerdings wäre wieder einmal ein riesiger Betrug unserer «Landesväter» am Schweizer Volk.**

Eritreischer Student

In der Aargauer Zeitung konnte man im Nachrichtenteil unter dem Titel «Eritreer kritisiert «grosszügige» Sozialhilfe» den folgenden Text lesen (wörtliche Auszüge): «Der Eritreer Johannes Measho studiert an der Fachhochschule für Technologie in Windisch Elektro und Informationstechnik. Der Vater von zwei Kindern ist mit einer Schweizerin verheiratet. Vor zehn Jahren flüchtete er aus seiner Heimat Eritrea. Er selber habe Ausdauer ge-

braucht, die Sprache zu lernen und die Kultur kennen zu lernen, sagt Measho. **Um an der Fachhochschule studieren zu können, habe er extrem viel gearbeitet.**

Man merke gut, das sagt ein Eritreer selber; er hat sich unsere Sprache, Kultur und offenerbar auch einen Studienplatz an der Fachhochschule selber erarbeitet (mit Betonung auf selber erarbeitet).

Am Schluss stellt eine Grossrätin des Kantons Aargau zu einem von ihr eingereichten Vorstoss Folgendes fest (wiederum wörtlicher Auszug): **«Allein bei Flüchtlingen hat sich der Anteil Sozialhilfebezüger in den letzten fünf Jahren landesweit verdoppelt. Von den ausländischen Sozialhilfebezügern stammt die Hälfte aus Eritrea.»**

Nach dem bisher Geschilderten stellt sich für jeden normal denkenden Menschen immer öfter die logische Frage nach den von verschiedenen Parteien geforderten Internierungslagern für abgewiesene Asylbewerber.

Wenn man diese Forderung nicht sehr rasch erfüllt, wird sich der Titel dieses Artikels (Treiben Asylanten die Schweiz in den Ruin?) schneller erfüllen, als unsere Bundesräte es sich vorstellen können – wobei ich befürchte, dass diese Vorstellungskraft bei unseren «Landesvätern» äusserst klein ist.

Dragan Najman, e. Grossrat, Baden

Ist der hohe Schweizer Franken ein Problem für die Wirtschaft?

Die Medien schreiben andauernd, dass die Wirtschaft unter dem hohen Schweizer Franken leidet. Ich verstehe die Klagen der Wirtschaft nicht. Ein Unternehmen kann sich gegen Währungsturbulenzen absichern. **Mithilfe von Derivaten erfolgt die Absicherung des gewünschten Kurses.** Viele Banken bieten eine grosse Anzahl solcher Produkte an. Die von Währungsturbulenzen betroffenen Geschäftsführer müssen sich selbstständig über dieses Thema informieren und sich auch ein wenig ausbilden. Die Gemeinde Grächen im Wallis sicherte sich beispielsweise ihren

gewünschten Eurokurs ab. **Auf diese Weise konnten alle Dienstleistungen noch zum alten Kurs konsumiert werden.** Jede Branche besitzt die Möglichkeit, ihren gewünschten Kurs abzusichern.

Mit dem Kauf solcher Finanzprodukte kann somit eine plötzliche Aufwertung des Schweizer Frankens jederzeit ausgeglichen werden.

Exportierte Inflation

Wieso hört man dauernd die Klagen der Medien über den hohen

Schweizer Franken? Diese betreiben meiner Ansicht nach Propaganda. Sie beziehen sich willkürlich auf einzelne Unternehmen, die von Absicherungsgeschäften noch nie etwas gehört haben und jammern dann. Was steckt dahinter? **Das hat wohl mit den Amerikanern zu tun.** Diese sind immer stärker verschuldet und haben grosse wirtschaftliche und politische Probleme (Krieg). **Um die Einnahmen zu erhöhen, lassen sie nun Geld durch die Notenbank drucken.**

Damit sie jedoch nicht eine ungeheure Inflation riskieren wollen,

haben sie grosse Teile der Welt dazu gebracht, ebenfalls viel Geld zu drucken. Somit wird die Inflation exportiert.

Wenn zum Beispiel ein Land nicht mitmachen würde, müssten die USA für deren Produkte mehr bezahlen. Dies hätte eine massive inflationäre Auswirkung. **Ein vom Euro abhängiger Unternehmer sollte sich daher immer mit Derivaten absichern. Auf diese Weise können grosse Einbrüche der Marge verhindert werden.**

Walter Huber, Basel

Islamische Gesichtsverhüllung ist frauenfeindlich und somit verfassungswidrig. Es ist noch nicht zu spät! Jetzt unbedingt die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» unterschreiben!

Les étrangers illégaux, encore et toujours

Les étrangers illégaux, que l'on appelle avec complaisance les «clandestins» ou les «sans-papiers», sont un sujet récurrent. De quoi s'agit-il au juste et quels sont les enjeux actuels? D'abord, il faut savoir de quoi on parle.

Le séjour illégal n'est pas une peccadille administrative comme le serait, par exemple, un parage en zone interdite ou un retard dans l'annonce d'un changement d'adresse au contrôle des habitants. Non, il s'agit d'un délit.

Qu'est-ce qu'un délit? La réponse est donnée par le Code pénal: **Il s'agit de toute infraction passible d'une peine privative de liberté n'excédant pas trois ans ou d'une peine pécuniaire (article 10 alinéa 3 du Code pénal).** Or, que prévoit la loi fédérale sur les étrangers (LEtr)? Qu'est puni d'une peine privative de liberté d'un an au plus ou d'une peine pécuniaire quiconque, intentionnellement, contrevient aux dispositions sur l'entrée en Suisse, séjourne illégalement en Suisse, notamment après l'expiration de la durée du séjour non soumis à autorisation ou du séjour autorisé, ou exerce une activité lucrative sans autorisation entre en Suisse ou encore quitte la Suisse sans passer par un poste frontière autorisé (article 115 alinéa 1 LEtr). **Vous avez bien lu: une peine privative de liberté peut être prononcée. En d'autres termes, une peine de prison. Vu la durée maximale de la peine, c'est donc un délit.**

D'autant plus grave que le séjour illégal peut s'ajouter au travail non autorisé, ce qui cumule deux infractions pénales. Le travail illicite n'est donc pas une circonstance en faveur du délinquant et s'avère même tout le contraire d'une quelconque «intégration».

Décidément, il est parfois bon de (re)lire la loi. Sans oublier qu'il s'agit d'une loi acceptée en votation populaire (le 24 septembre 2006), donc revêtue d'une légitimité démocratique particulière. Comment appelle-t-on l'auteur (ainsi que l'instigateur ou le complice) d'un délit? Un délinquant, par

définition. Ensuite, le problème est que ces délinquants ont des appuis politiques. Par exemple à Genève.

C'est ainsi que, de concert avec la Confédération (à savoir avec le département de Mme Sommaruga), le canton de Genève a d'ores et déjà accordé 590 permis B à des délinquants depuis la fin 2015.

Ce qui n'est évidemment qu'une étape vers le permis C. Tenu secret durant six ans (!), le projet a été dévoilé le 21 février 2017. Jusqu' alors, il était donc aussi clandestin que les étrangers de la clientèle en question. On a même intitulé cette forfaiture «opération Papyrus». **Comme s'il ne s'agissait que d'une démarche administrative tendant à l'octroi de papiers.** L'annonce a été faite en présence, bien entendu, de l'ancienne conseillère fédérale Ruth Dreyfuss et de Martine Brunnschwig Graf, infatigable présidente de la Commission fédérale contre le racisme. Et ce n'est pas fini. **Puisque 297 autres dossiers sont déjà en traitement.**

De source syndicale, 4'500 dossiers auraient été réunis¹⁾. De source patronale, cette fois, ce canton compte quelque 13'000 «clandestins»²⁾. En 2005 déjà, le canton de Genève avait demandé la «régularisation» de 5'000 de ces délinquants.

Comme s'il n'y avait pas assez d'étrangers à Genève. Qui plus est, dans un canton qui est depuis des décennies dans le groupe de tête des statistiques nationales du chômage. Et il n'y a pas que Genève. Puisque le représentant attiré des étrangers illégaux, le député au Grand conseil vaudois Jean-Michel Dolivo, s'est empressé de requérir que Vaud procède à de nouvelles régularisations massives, après celles des années 2000 (affaire dite des «523» ou «525», nos lecteurs vaudois savent de quoi il s'agit).

Alors même que le canton de Vaud compte environ 12'000 clandestins et se targue d'avoir, de 2008 à 2016, obtenu la régularisation de 652 «sans-papiers» et de 804 requérants d'asile déboutés. Mais certains milieux en veulent davantage encore.



Heureusement, la demande de ce député a été rejetée le 7 mars 2017 (par 71 voix contre 60, avec une abstention). Pour l'instant, ces étrangers ne sont donc pas (entièrement) arrivés à leurs fins. Car il faut rappeler que la loi ne permet la régularisation qu'à titre exceptionnel, pour «tenir compte des cas individuels d'une extrême gravité ou d'intérêts publics majeurs» (article 30 alinéa 1 lettre b LEtr). **Il suffit de lire cette norme pour savoir qu'elle n'autorise pas une régularisation de masse. A noter que les milieux patronaux vaudois sont opposés à une telle capitulation de l'Etat de droit devant cette clientèle politique³⁾.**

Quelles conclusions en tirer? D'abord, que les cantons les plus touchés par l'emprise étrangère, donc par le chômage, s'avèrent les plus complaisants avec cette forme de délinquance et sont ceux qui régularisent le plus. Ce qui ne fait qu'alimenter l'immigration et le chômage. Ensuite, que les promesses tenues par les milieux patronaux à l'occasion de la campagne de la votation sur les Accords bilatéraux (21 mai 2000) se sont avérées fausses.

En effet, la «libre circulation» en faveur des Européens et des membres extra-européens de leurs familles n'a pas diminué l'immigration clandestine.

Elle n'a pas même entraîné, dans les faits, une rigueur accrue contre ces délinquants. **L'immigration légale venant d'Europe se double donc encore et toujours d'une immigration illégale extra-européenne, un problème s'ajoutant à l'autre.** A quand, enfin, de véritables mesures contre les employeurs de ces délinquants, qui enfreignent la loi au moins autant que leurs employés⁴⁾ Il s'agit de rappeler, une fois encore,

que la loi protège les plus faibles. **Donc, en particulier, nos compatriotes défavorisés sur le marché du travail et celui du logement.** Nous n'avons pas fini d'en parler.

Margaritha Vernay, présidente des DS Vaud, Remaufens

¹⁾ Thierry Horner, du Syndicat interprofessionnel des travailleurs, cité dans: 24 Heures, 22 février 2017.

²⁾ Sophie Paschoud, *Le casse-tête des clandestins*, dans: Patrons Vaudois, bulletin du Centre patronal vaudois, N 3, mars 2017. Ajoutons qu'une estimation d'«environ 76'000 clandestins» au niveau national (24 Heures, 22 février 2017) apparaît singulièrement optimiste, puisqu'en 2005, l'administration fédérale estimait leur nombre à 90'000. L'estimation d'environ 76'000 est en fait reprise d'un communiqué du Conseil fédéral du 25 avril 2016, sans examen critique ni même citation de la source (<https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiqués.msg-id-61488.html>).

³⁾ Sophie Paschoud, dans: Centre patronal vaudois, publication ci-dessus.

⁴⁾ Ces employeurs et leurs comparses sont punissables indépendamment de leur nationalité. Car l'article 116 LEtr punit d'une peine privative de liberté d'un an au plus ou d'une peine pécuniaire, voire d'une peine privative de liberté de cinq ans au plus *additionnée* d'une peine pécuniaire ou d'une peine pécuniaire, quiconque, notamment, en Suisse ou à l'étranger, facilite l'entrée, la sortie ou le séjour illégal d'un étranger ou participe à des préparatifs dans ce but, ou encore procure à un étranger une activité lucrative en Suisse alors qu'il n'est pas titulaire de l'autorisation requise. Il est donc faux de faire accroire, comme tentent de le faire les milieux étrangers, que la loi sur les étrangers ne s'applique pas aux Suisses et aux étrangers en séjour légal. Ce d'autant qu'une peine privative de liberté de cinq ans au plus relève même du *crime*, et non plus du *délit*.

Consignes de vote pour les votations fédérales du 21 mai 2017

Oui à la loi sur l'énergie (LEne)

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Nottwil
Margrit Neukomm, Bern

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
___ Ex. SD-Zeitungen zum
Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Institutionelles Rahmenabkommen: EU erhöht den Druck

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Bundespräsidentin Doris Leuthard trafen sich zu klärenden Gesprächen bezüglich vorhandener Blockaden. Dabei macht die EU sämtliche möglichen Kompromisse von einem baldigen Abschluss eines institutionellen Rahmenabkommens abhängig. **Für die Schweizer Demokraten (SD) wäre jedoch der daraus entstehende Souveränitätsverlust**

kein gangbarer Weg, um bestehende Verträge zu aktualisieren oder neue Marktzugänge zu erschliessen.

Die Schweiz müsste EU-Recht automatisch übernehmen und könnte, falls sie sich widersetzt, vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) dazu gezwungen werden. Des Weiteren sollte man bei solchen Druckversuchen wirtschaftliche

Vereinbarungen zukünftig direkt mit den entsprechenden Nationalstaaten eingehen.

Die SD werden sich jedenfalls mit voller Kraft an der Fundamentalopposition gegen den institutionellen Rahmenvertrag beteiligen.

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

Präsidentschaftswahlen in Frankreich: Achtungserfolg von Marine Le Pen

Marine Le Pen erzielte mit einem Wähleranteil von 33,9% im zweiten Wahlgang ein durchaus akzeptables Endresultat. Im Allgemeinen konnte sie auch ihr geographisches Territorium ausweiten. **Die Kandidatin des «Front national» musste sich während der gesamten Kampagne gegen das vereinigte Establishment zur Wehr setzen.**

Des Weiteren kann die internationale Politelite keineswegs von einem wichtigen Schritt zur Stärkung der EU sprechen, zumal die EU-kritischen Vertreter im ersten Wahlgang einen Wert von zirka 48 Prozent erreichten.

Sollte nun der FN bei den bevorstehenden Parlamentswahlen seine Sitzzahl nicht erhöhen können, so liegt dies lediglich am minderheitsfeindlichen und undemokratischen Majorz-Wahlsystem.

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

Abstimmungsparolen für den Urnengang vom 21. Mai 2017 Ja zum Energiegesetz (EnG)

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat!

Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten SD, Postfach 8116, 3001 Bern

Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11, schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an folgende Person wenden: Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch